

Die Schweiz wählt am Sonntag

# Extrem stabile Verhältnisse

Die Schweiz ist kein Land der großen politischen Ausschläge. Das wird ziemlich sicher auch am Sonntag bei den nationalen Parlamentswahlen so sein. Doch die rechtskonservative SVP könnte stärker zulegen.

Von Frank Zimmermann

Mit großen Verschiebungen der Machtverhältnisse ist in der Schweiz bei Wahlen fast nie zu rechnen. Das Alpenland ist diesbezüglich in ruhigem Fahrwasser – was als Zeichen der Zufriedenheit der Bevölkerung gesehen werden kann. Wählerbeben, Rechts- oder Linksruck, das gibt es in der Schweiz sehr selten. „Im Moment haben wir extrem stabile Verhältnisse“, sagt der Politikwissenschaftler Georg Lutz, Professor an der Universität Lausanne. „Die Schweiz hat im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eine niedrige Inflation (September 2023: 1,7 Prozent, die Red.). Die Arbeitslosigkeit ist so tief wie ewig nicht. Es gibt einen sehr hohen Wohlstand.“ Kurzum: Verunsicherung wie aktuell im Großteil Europas gibt es bei den Eidgenossen nicht. Bei den Wahlen an diesem Sonntag rechnet deshalb niemand mit Umwälzungen.

Die Wahlbeteiligung liegt in der Schweiz eher niedrig, unter 50 Prozent (2019: 45,1). Und so ist die Wählermobilisierung immens wichtig. Bei der Wahl 2019 gelang die Mobilisierung den Grünen besonders gut, sie schafften mit 13,2 Prozent ein Rekordergebnis, für Schweizer Verhältnisse ein echter „Linksruck“. Damals stand der Klimawandel mehr im Fokus. Deshalb müssen die Grünen Prognosen zufolge diesmal Verluste in Kauf nehmen. Mit geschätzten 10 Prozent sind sie für Schweizer Verhältnisse aber noch ziemlich gut dabei, es wäre das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte.

Den bürgerlichen Parteien (FDP, Liberale, Mitte und die rechtskonservative SVP mit ihrer neoliberalen, deregulie-

renden Ausrichtung) wird ein besseres Ergebnis zugetraut als den linken. Die größten Gewinne könnte die SVP einfahren, ohnehin ist sie in der Schweiz seit Beginn der 2000er-Jahre stärkste politische Kraft. Seit 1999 kam sie immer über 20 Prozent – ihr bestes Ergebnis hatte sie 2015 mit 29,4 Prozent. „Sie hat sich“, sagt der Berner Politologe Marc Bühlmann, „von einem kleinen Juniorpartner zu einer Machtpartei entwickelt“, vor allem in ländlichen Kantonen. Bei etwa 30 Prozent dürfte sie ihr Potenzial aber mehr oder weniger ausgeschöpft haben. „Man sieht auch bei der SVP, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen“, sagt Lutz.

Auch wenn inhaltlich mit der AfD vergleichbar, nimmt die rechtspopulistische SVP eine ganz andere Rolle ein: Sie ist seit 1929 Bestandteil der Regierung und in den demokratischen Strukturen fest verankert. Georg Lutz formuliert es so: „Die SVP ist durch und durch eine demokratische Partei ohne autoritäre Tendenzen.“ Sie kann sich deshalb nicht wie die AfD als Märtyrer und Kämpfer gegen das Estab-

lishment inszenieren, denn sie gehört selbst dazu und muss an Kompromissen mitarbeiten – die SVP beherrscht das „Doppelspiel“. Wobei auch ihre Konsensorientierung die SVP nicht davon abhält, immer wieder vor allem in der Asylpolitik zu provozieren. „Unter Christoph Blocher hat die SVP in den

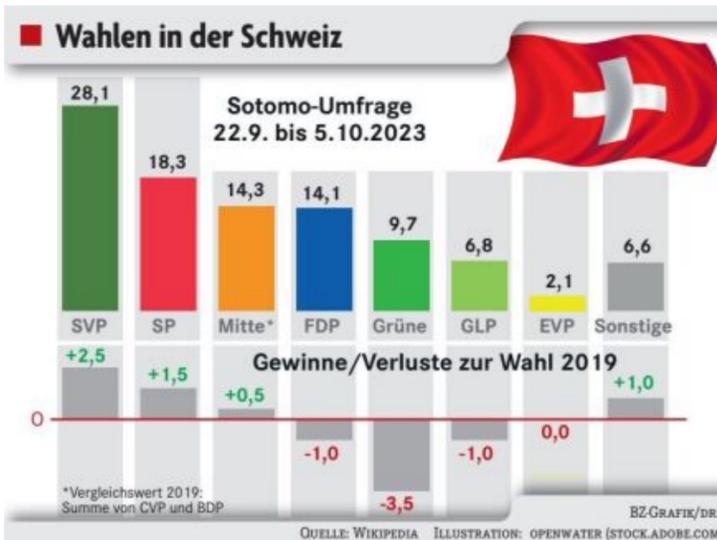
90ern ein Gespür entwickelt, mit durchaus auch populistischen, polarisierenden Mitteln in die Schweizer Konsensstabilität einzugreifen“, sagt Marc Bühlmann.

Der Politologe hat beobachtet, dass Liberale und Mitte auch angefangen haben, mehr zu polarisieren. Er ist skeptisch, ob deren Stammwähler diesen Stilwechsel goutieren. Werden sie nicht gerade wegen ihrer Konsensorientierung gewählt?

Ein zentrales Wahlkampfthema gibt es nicht. Zuletzt ging es um die stark gestiegenen Krankenkassenprämien oder die Crédit-Suisse-Pleite. Heiße Eisen wie die schwierigen Beziehungen zur EU werden gemieden, die Flüchtlingspolitik kaum thematisiert. „Die Asylbewerberzahlen sind ein eher kleines Problem“, sagt Lutz.



Wahlplakat für die Wahl des Nationalrats in Basel



## Kollegial und konsensorientiert

In der Schweiz gibt es keine Koalitionsstreits und -krisen. Das Regieren ist auf Konsens und Balance ausgerichtet.

Die Schweiz wählt alle vier Jahre die beiden gleichberechtigten nationalen Parlamentskammern Nationalrat (200 Sitze) und Ständerat (46 Sitze). Die Wahlkreise sind identisch mit den Kantonen. Die Zahl der Nationalratssitze pro Kanton richtet sich nach der Bevölkerungszahl der Kantone. Beide Kammern zusammen bilden die Bundesversammlung. Sie wählt im Dezember nach den Parlamentswahlen (oder jeweils zum Jahresende, wenn ein Rat freiwillig ausscheidet) den siebenköpfigen Bundesrat, die Exekutive. Die drei stimmenstärksten Parteien bei den Parlamentswahlen stellen traditionell zwei Bundesräte, die viertstärkste einen. Aktuell sind die rechtskonservative SVP (2019: 25,6 Prozent), die SP (Sozialdemokraten, 16,8) und die FDP (15,1) mit je zwei Räten vertreten, die Mitte mit einem. Aus den Reihen des Bundesrats wird jährlich der Bundesratspräsident gestellt. Es gilt das Kollegialitätsprinzip – politische Ausrichtung hin oder her, nach außen wird eine Entscheidung stets einstimmig vertreten. Auch das Parliamentsystem ist auf Konsens ausgerichtet. Gelingt das nicht, „ist die Gefahr relativ groß, dass irgendjemand das Referendum ergreift“, erklärt der Politologe Marc Bühlmann von der Uni Bern. Drei bis vier Mal im Jahr gibt es Volksabstimmungen. „Die Parteien gehen nicht gerne in diese Abstimmungskämpfe“, denn es bestehe das Risiko zu verlieren, sagt der Politologe Georg Lutz von der Uni Lausanne. fz

### IMPRESSUM

VERLEGER: Wolfgang Poppen  
 CHEFREDAKTEUR: Thomas Fricker (verantwort.)  
 STELLV. CHEFREDAKTEUR: Holger Knöferl (Lokales) Markus Hofmann (Digitales)  
 POLITIK & DESKLEITUNG: Dietmar Ostermann;  
 BLATTPLANUNG & REGIONALES: Frauke Wolter, Ronny Gert Bürckholdt; WIRTSCHAFT: Bernd Kramer; KULTUR: Alexander Dick; SPORT: René Kübler; LEBEN: Martina Philipp;  
 SCHLUSSREDAKTION: Anselm Bußhoff;  
 LAYOUT/GRAFIK: Andrea Schiffrer  
 KORRESPONDENTENBÜROS in Berlin, Stuttgart, Brüssel, London, Paris, Straßburg, Rom, Washington, Moskau, Peking und Johannesburg

BADISCHER VERLAG GMBH & CO. KG,  
 Lörracher Str. 3, 79115 Freiburg  
 Telefon 0761 - 496-0  
 Fax Redaktion 0761 - 496-5029  
 Fax Abbonentenservice 0761 - 496-8696  
 Fax Geschäftsführung Verlag 0761 - 496-1099  
 E-MAIL-ADRESSEN:  
 kontakt.redaktion@badische-zeitung.de  
 aboservice@badische-zeitung.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Wolfgang Poppen, Nadja Poppen, Patrick Zürcher  
 REGIONALVERLAGSLEITER: Markus Fangmann  
 ANZEIGEN: Karsten Bader (verantwort.)  
 VERTRIEB: Daniel Stockmar  
 LOGISTIK: Jürgen Federer

ANZEIGENANNAHME:  
 Telefon 0761 - 496-8210 Fax 0761 - 496-8696  
 E-Mail: anzeigen@badische-zeitung.de  
 Internet: www.badische-zeitung.de/anzeigen  
 www.schnapp.de

DRUCK UND VERSAND:  
 Freiburger Druck GmbH & Co. KG  
 Lörracher Str. 3, 79115 Freiburg  
 Die Druckerei ist seit 2013 EMAS (DE-126-00089) validiert.



Die Badische Zeitung ist Mitglied im International Color Quality Club der weltbesten gedruckten Tageszeitungen.

Der Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages gestattet. Als unabhängiges Medienhaus nehmen wir den Grundsatz der Chancengleichheit ernst. Deshalb wird Wahlwerbung grundsätzlich von allen zugelassenen politischen Parteien angenommen. Unabhängig davon behalten wir uns eine Ablehnung der Veröffentlichung entsprechend unserer Richtlinien und Geschäftsbedingungen vor. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 86 vom 1. Januar 2023. Die Tageszeitung der BZ+medien

# „Das Thema Migration wird nicht so wahrgenommen“

**BZ-INTERVIEW:** Der Politologe Marc Bühlmann hat im Wahlkampf kein vorherrschendes Thema entdeckt. Entscheidend werde, wer die Wähler am besten mobilisiere.

Von Frank Zimmermann

**BZ:** In Deutschland dominiert das Flüchtlingsthema die politische Debatte. Wie ist das in der Schweiz so kurz vor der Wahl?

**Bühlmann:** Wenn wir uns die Schweizer Printmedien anschauen, dann sind die Themen im Gegensatz zu früheren Wahlen tatsächlich recht breit verteilt. Im Herbst geht es immer um die Krankenkassenprämien, die in diesem Jahr stark steigen. Die Lebenshaltungskosten, die gestiegenen Mieten, die bei den letzten Wahlen noch kein so großes Problem waren, Steuerfragen, die Crédit-Suisse-Affäre, das sind weitere Themen. Das Thema Migration wird in der Schweiz nicht so stark wahrgenommen wie im restlichen Europa und ganz sicher nicht so wie 2015, als man von einer wirklichen „Migrationskrise“ geredet hat. Aber die SVP versucht natürlich trotzdem, ein Thema



Marc Bühlmann

daraus zu machen, indem sie von der „Zehn-Millionen-Schweiz“ redet. **BZ:** Aktuell hat die Schweiz 9 Millionen Einwohner. Was steckt dahinter? **Bühlmann:** Die angebliche Angst, dass die Schweiz bald zehn Millionen Einwohnerinnen haben werde und dass man dagegen was tun müsse – laut SVP vor allem die Zuwanderung stoppen. **BZ:** Was erwarten Sie am Sonntag? **Bühlmann:** Die meisten Medien prognostizieren den Grünen Wählerverluste,

weil das Klimathema nicht mehr so zentral ist wie 2019. Damals hatten die Grünen überraschend sechs Prozent zugelegt. Die Verschiebungen von Wahl zu Wahl sind in der Schweiz aber insgesamt immer ziemlich gering. Verschiebungen wie in Deutschland oder Frankreich, das wird es in der Schweiz nicht geben.

**BZ:** In Deutschland reden alle vom Rechtsruck, der sich bei den Wahlen in den Landtagen auch schon manifestiert hat. In der Schweiz ist die rechtskonservative SVP, die sich zu den Bürgerlichen zählt, schon lange stärkste Partei.

**Bühlmann:** Wenn man in der Schweiz von einem Rechtsruck redet – der Wahlausgang von 2015 wurde ja tatsächlich so bezeichnet –, heißt das, dass FDP und SVP zusammen knapp die Hälfte der Sitze im Parlament haben. Die Schweiz ist allerdings grundsätzlich ein ziemlich bürgerliches Land. Mit Vorsicht zu genießen sind solche Interpretationen aber deshalb, weil in 26 Wahlkreisen, den 26 Kantonen, gewählt wird, die zum Teil extrem unterschiedlich sind. Da gibt es den Kanton Appenzel-Innerrhoden mit einem Nationalrats- und einem Ständeratssitz, der Ständeratssitz wurde schon bei der Landgemeinde im Mai vergeben, und für den Nationalrat tritt nur ein Kandidat an.

Demgegenüber gibt es Wahlkreise wie Zürich, wo 36 Sitze vergeben werden und der Wettbewerb riesig ist. Es gibt sehr unterschiedliche Ausgangslagen in den Kantonen, das macht es schwierig, von einer „grünen Welle“ oder einem „Rechtsruck“ zu reden, weil das häufig nur einzelne, häufig die größeren Kantone und die Verschiebungen dort abbildet. **BZ:** Die SVP könnte bis zu drei Prozent zulegen. Warum liegt sie vorne?

**Bühlmann:** Wahrscheinlich ist ein wichtiger Faktor die Mobilisierung. Momentan ist das Klimathema nicht mehr so dominierend, es könnte demnach sein, dass die arrivierten Parteien wieder stärker Wähler mobilisieren. Die SVP schafft es generell sehr gut, ihre Klientel an die Urnen zu bringen und zusätzlich die gegenüber der Politik eher misstrauisch eingestellten Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren. In einem thematisch ausgeglicheneren Wahljahr wie dem aktuellen mobilisieren die bürgerlichen Parteien in der Regel besser als die linken.

**Marc Bühlmann**, 52, ist Direktor von „Année Politique Suisse“ am Institut für Politikwissenschaft der Uni Bern, einer Forschungseinrichtung, bei der die Schweizer Politik fortlaufend dokumentiert wird.